

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 17.06.2021
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:55 Uhr
Ort, Raum:	Eintrachtstadion Business Bereich Ebene 20

Anwesend

Vorsitz

Volker Meier

Mitglieder

Sophie Ramdor

Sabah Enversen

Ralf Abrahms

Matthias Disterheft

Gisela Dittmar

Hans-Peter Dreß

Christine Fischer

Peter Kassel

Vertretung für: Wolfgang Jainta

Bernd Jakubowski

Stefan Klein

Marion Köllner

Frank Lange

Kurt Schrader

Vertretung für: Frank Oesterhelweg

Simone Pifan

Ingo Schramm

Eckhard Wagner

Dr. Frank Schröter

Vertretung für: Nicole Wockenfuß

Joachim Zeidler

Bürgermitglied

Dr. Reinhard Gerndt

Gerd Meister

Wilfried Pollmann

Georg Raabe

Frank-Peter Schild

Frank Täubert

Verwaltung

Andrea Angerer

André Menzel

Ralf Sygusch

Protokollführung

Joachim Bortfeld

Abwesend

Mitglieder

Christoph Bratmann

entschuldigt

Wolfgang Jainta

entschuldigt

Frank Oesterhelweg

entschuldigt

Jan Schwarz

entschuldigt

Nicole Wockenfuß

entschuldigt

Bürgermitglied

Hans-Walter Pallinger

entschuldigt

Gäste:

Herr Frauenholz (KoRiS - Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung)

Protokoll

Öffentliche Sitzung

Eröffnung der Sitzung und Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Protokollnotiz:

Der Ausschussvorsitzende Herr Meier begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, insbesondere Frau Ramdor als neues Ausschussmitglied, sowie die Gäste, hier speziell Frau Weyde, die zukünftige Leiterin der Abteilung Regionalentwicklung und Erste Verbandsrätin des Regionalverbands. Anschließend eröffnet Herr Meier die Sitzung und stellt die fristgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.04.2021

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 15.04.2021 wird genehmigt.

Protokollnotiz:

Frau Köllner kommt zurück auf ihre unter TOP 4 des Protokolls der Sitzung vom 15.04.2021 festgehaltene Frage nach der personellen Besetzung des Bereichs Klimaschutz und merkt an, dass diese Frage noch nicht abschließend beantwortet worden sei. Weiterhin stellt sie fest, dass die im Protokoll angekündigte Vorlage des Finanzierungsplans für das Projekt „Grüne Infrastruktur“ noch ausstehe (*Ergänzung durch den Protokollanten: Der Kosten- und Finanzierungsplan war der Beschlussvorlage 2020/116 als Anlage 3 beigefügt*).

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	Abgelehnt	Enthaltungen
18	0	1

2 Mitteilungen und Berichte

Protokollnotiz:

Herr Sygusch berichtet über den Sachstand verschiedener aktueller Themen aus dem Bereich Regionalentwicklung. Er geht zunächst auf die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) ein und weist darauf hin, dass es noch verschiedene äußere Einflussfaktoren gebe, deren Auswirkungen auf die geplanten RROP-Festlegungen derzeit geprüft würden bzw. noch geprüft werden müssten. Dies seien insbesondere die Ergebnisse der durchgeführten Kommunalgespräche, die Festlegungen aus der Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) sowie die Inhalte des

„Niedersächsischen Wegs“ (Folien 4 - 7 der Anlage).

Weiterhin informiert Herr Sygusch allgemein über die Förderprogramme des Regionalverbands „Rauf auf's Rad“ und „Klimafreundlich leben“ (Folie 8) sowie über die konkret darüber geförderten Projekte (Folie 9). Erfreulich sei dabei, dass das gesamte Verbandsgebiet von der Förderung profitiere.

3 Masterplan 100 % Klimaschutz (mündl. Bericht der Verwaltung)

- Ergebnisse der Prozessbilanzwerkstatt

- Ausblick

Protokollnotiz:

Herr Meier begrüßt Herrn Frauenholz vom Büro KoRiS (Hannover), das den Masterplan-Prozess maßgeblich gestaltet habe, als Gast im Ausschuss für Regionalentwicklung.

Auch Herr Sygusch begrüßt Herrn Frauenholz und führt zunächst kurz in das Thema ein. Er stellt den bisherigen Verlauf des Projektes dar (Folie 11) und kündigt an, dass mit den politischen Gremien diskutiert werden solle, in welcher Form eine Verstetigung des Themenbereichs Klimaschutz und Energie beim Regionalverband erfolgen könnte.

Herr Frauenholz erläutert, dass im Rahmen der Prozessbilanzwerkstatt der Gesamtprozess zur Erstellung des Masterplans 100 % Klimaschutz noch einmal betrachtet worden sei. Zudem habe man den Umsetzungsprozess im Rahmen des Masterplan-Managements evaluiert (Folien 12 - 21). Diesbezüglich gibt Herr Frauenholz einen detaillierten Überblick über den Umsetzungsstand in den einzelnen Handlungsfeldern.

In seinem grundsätzlich positiven Fazit (Folien 22 - 28) hebt her Herr Frauenholz insbesondere hervor, dass die gelungene Vernetzung verschiedenster Akteure beibehalten und vertieft werden solle und dass die Außenwirkung des Themas Klimaschutz gestärkt werden müsse. Der Klimaschutz ist nach Ansicht von Herrn Frauenholz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in die viele verschiedene Akteure einbezogen werden müssten. Die daraus ableitbaren Aktivitäten würden dazu beitragen, die Region voranzubringen und zukunftsfähig aufzustellen.

Bezugnehmend auf den Vortrag von Herrn Frauenholz stellt Herr Sygusch es als beeindruckendes Ergebnis des Masterplans heraus, dass es im Handlungsfeld Klimaschutz-Kommune mit überschaubarem Aufwand gelungen sei, Mittel in Höhe von bis zu 5,2 Mio. Euro in der Region zu aktivieren (Folie 30).

Herr Sygusch betont anschließend, dass sich die Maßnahmen des Masterplans, für die der Regionalverband eine operative Verantwortung habe, in der Umsetzung befänden oder zumindest gestartet worden seien. Nun stelle sich die Frage, wie anderer Akteure dazu bewegt werden könnten, in die Projektumsetzung einzusteigen. Welche Rolle der Regionalverband hier einnehmen könnte, solle mit den politischen Vertretern diskutiert werden, beispielsweise in einem Workshop. Erst mit der Definition konkreter Aufgaben solle dann über die für die Aufgabenerfüllung notwendigen personellen Ressourcen gesprochen werden.

Für die Verstetigung des Themas Klimaschutz/Energie in der Arbeit des Regionalverbands stellt Herr Sygusch einen Vorschlag der Verwaltung vor (Folie 31), der aus den vier potenziellen Handlungsfeldern „Formelle Aufgaben“, „Leuchttürme & Projekte“, „Evaluation & Controlling“ sowie „Netzwerken/Koordination“ besteht. Dieser Entwurf solle als Grundlage für die weitere Diskussion mit den politischen Vertretern dienen.

Herr Meier betont, dass der von Herrn Sygusch vorgestellte Vorschlag so nicht in Stein gemeißelt sei und noch politisch erörtert werden müsse. In welchem Rahmen und zu welchem Zeitpunkt das geschehen solle, könne möglicherweise im Verbandsausschuss diskutiert werden. Herr Meier vermutet, dass für die Bearbeitung der vier Themenfelder im Bereich Energie und Klimaschutz, sofern es bei diesem Entwurf bleiben sollte, zwei Personalstellen notwendig seien. Die Entscheidung darüber könne aber erst später getroffen werden.

Ein Teil der Aufgaben sei ohnehin Bestandteil der fortlaufenden Arbeit der Verbandsverwaltung, ergänzt Herr Sygusch. Er gehe davon aus, dass die im Stellenplan vorhandenen aber derzeit teilweise vakanten Stellen für die weiteren Handlungsfelder benötigt würden. Eine abschließende Entscheidung darüber sei aber - wie auch die inhaltliche Ausgestaltung der Stellen - abhängig von den Ergebnissen der politischen Diskussion.

Herr Enversen bedankt sich bei Herrn Sygusch für den als Diskussionsgrundlage vorgelegten Vorschlag. Das Thema Klimaschutz sei eine gesellschaftspolitische Herausforderung, der man sich stellen müsse, und nun werde klarer, in welcher Form der Regionalverband hier tätig werden könne. Besonders interessant scheine ihm der im Handlungsfeld 2 genannte Punkt „Klimawirkungsprüfung“. Mit dem übergeordneten Blick des Regionalverbands könnten und sollten regionale wie auch kommunale Projekte einer Bewertung hinsichtlich ihrer Klimawirksamkeit unterzogen werden.

Herr Abrahms weist darauf hin, dass in jüngster Zeit auf verschiedenen Ebenen die Zieljahre für die Erreichung klima- und energiepolitischer Ziele vorgezogen worden seien, und möchte wissen, ob auch die regionalen Ziele früher als beschlossen, also im Jahr 2050, erreicht werden sollten.

Die aktuelle Beschlusslage beziehe sich nach wie vor auf das Jahr 2050, betont Herr Meier. Eine Diskussion über die Änderung der Ziele könne möglicherweise im weiteren Prozess geführt werden. Dem solle aber nicht vorgegriffen werden.

Bereits in diesem Jahr werde eine aktualisierte kommunenscharfe Energie- und Treibhausgasbilanz für das Verbandsgebiet erstellt, ergänzt Herr Sygusch. Wenn man dann wisse, an welchem Punkt man stehe, könne man über weitere Maßnahmen nachdenken. Dabei sei es wichtig, sich auf die Felder zu konzentrieren, auf die man als Regionalverband auch Einfluss nehmen könne.

Herr Schramm stellt die Frage, ob der Klimaschutz zu den Pflichtaufgaben des Regionalverbands gehöre, was nach seiner Meinung nicht der Fall sei. Von daher könne man die Frage stellen, ob das Thema weiterhin bearbeitet werden solle, was er aber prinzipiell bejahe. Weiter fragt er nach der Positionierung gegenüber der Regionalen Energieagentur (REA) und nach einer Kostenbilanz für den Masterplan-Gesamtprozess, die dann vielleicht im geplanten Workshop vorgestellt werden könnte. Insbesondere nach dem Auslaufen der Fördermittel des Bundes müsse man auch die Frage der zukünftigen Finanzierung stellen. Speziell gelte dies bei dem Projekt „Klimacheck“, wo man eventuell als Dienstleister für die Kommunen im Verbandsgebiet tätig werden könne. Herr Schramm merkt weiterhin an, dass ihm für die verschiedenen Apps und Online-Portale des Regionalverbands, beispielsweise das Pendler-Portal oder das Suniversum, keine Nutzerzahlen vorlägen. Er befürchtet hier „App-Friedhöfe“.

Dass sich der Regionalverband mit dem Klimaschutz beschäftigen wolle, sei unstrittig, sagt Herr Meier. In welcher Form und in welchem Umfang das zukünftig geschehe, sei natürlich auch von den Finanzierungsmöglichkeiten abhängig.

Der von Herrn Schramm angesprochene Wegfall der Fördermittel, sei der Auslöser für den eingeleiteten Diskussionsprozess über die weitere Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Energie und Klimaschutz, sagt Herr Sygusch. Unabhängig davon sei aber ein Teil der aufgelisteten Themen integraler Bestandteil der Aufgaben des Regionalverbands. Inwieweit die Aufgabenwahrnehmung hier zu weiterem Stellenbedarf und damit zu erhöhten Kosten führen werde, sei noch nicht bezifferbar. Darüber hinaus werde sich der Regionalverband auch weiterhin um die Aktivierung von Fördermitteln bemühen, so sei

beispielsweise ein Förderantrag für das Projekt „OSKERS“ gestellt worden. Beim Thema Apps und Online-Portale ist auch Herr Sygusch der Meinung, dass es nicht zu einer Flut wenig genutzter Anwendungen kommen dürfe. Über die weitere Fortführung müsse im jeweiligen Einzelfall diskutiert werden.

Herr Meier betont noch einmal, dass den Ergebnissen des Workshops nicht vorgegriffen werden solle. Es stehe aber fest, dass der Regionalverband die Aufgaben des Themenfeldes 1 „Formelle Aufgaben“ (Folie 31) und teilweise auch des Themenfeldes 2 „Leuchttürme & Projekte“ dauerhaft bearbeiten müsse, da diese Bestandteile seiner Pflichtaufgaben seien. Auch das Thema Raumbewertung in Themenfeld 4 sei dem Regionalverband durch das Land Niedersachsen übertragen worden. Alles Weitere müsse diskutiert werden. Dementsprechend seien die zukünftigen Kosten auch nur für Teilbereiche abschätzbar.

Herr Kassel kommt zurück auf die im Vortrag von Herrn Frauenholz dargestellten 72 Einzelmaßnahmen. Er stellt die Frage, ob diese alle nach Ende des Projektes abgeschlossen sein sollen. Außerdem möchte er wissen, wie langfristig mit denjenigen Maßnahmen umgegangen werden soll, die außerhalb der Zuständigkeit des Regionalverbands lägen.

Herr Frauenholz antwortet, dass nicht unbedingt alle 72 Maßnahmen umgesetzt werden müssten. Der Masterplan sollte aufzeigen, wie die Region das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 erreichen könne. Dementsprechend beschränken sich die Maßnahmen nicht nur auf die Zuständigkeit des Regionalverbands. Maßnahmen außerhalb der eigenen Zuständigkeit sind als Hinweis an den jeweiligen Adressaten im Masterplan enthalten, sollten aber beim Verband keine Ressourcen binden, wenn die Möglichkeiten zur Einflussnahme eher gering seien. Von daher sollte man sich auf die Kommunen als zentrale Partner konzentrieren, da die Möglichkeiten der Zusammenarbeit hier ausgeprägter seien als beispielsweise bei Wirtschaftsunternehmen. Weiterhin müsse im Laufe des Prozesses permanent geprüft werden, ob die 72 Maßnahmen in der aufgeführten Form noch die sinnvollsten seien oder ob eine Anpassung bei ausgewählten Maßnahmen erforderlich sei.

Herr Meier legt Wert auf die Feststellung, dass der Regionalverband den Kommunen des Verbandsgebietes keine Maßnahmen „überstülpen“ dürfe. Es stehe hier noch ein längerer Diskussionsprozess bevor.

Herr Sygusch pflichtet Herrn Frauenholz bei, dass die Kommunen wichtigster Kooperationspartner des Regionalverbands seien. Wie auch in anderen Themenbereichen sei auf regionaler Ebene ein Konzept erstellt worden, das in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene umzusetzen sei. Dafür sei die Bereitschaft bei den Kommunen grundsätzlich vorhanden. Schwieriger sei es dagegen Kontakt zu der Wirtschaft herzustellen sowie den Interessen und den Erwartungen von Wirtschaftsunternehmen zu entsprechen.

Frau Köllner sagt, sie habe als Mitglied des Masterplan-Beirats zuletzt wenig über das Thema gehört. Sie sei von daher nun beruhigt, dass die Verwaltung das Projekt fortführen möchte. Der Masterplan müsse bei allem, was der Verband mache, immer mitgedacht werden. Sie schließt die Frage an, ob die im Stellenplan enthaltenen „Leerstellen“ nicht für die Masterplan-Umsetzung genutzt werden könnten. Weiterhin spricht sich Frau Köllner dafür aus, gegenüber den Kommunen etwas aktiver aufzutreten, um die Umsetzung von Masterplan-Maßnahmen anzuschieben.

Die Leerstellen im Stellenplan seien ein personalwirtschaftliches Instrument, um Engpässe oder Übergangsphasen abzufangen, antwortet Herr Sygusch. Für die Erledigung zusätzlicher Aufgaben seien diese Stellen nicht vorgesehen.

Frau Ramdor wünscht sich zur Vorbereitung auf den geplanten Workshop ein Dokument, aus dem der Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen ersichtlich wird.

Herr Frauenholz verweist auf die Langfassung des Berichtes zur Prozessbilanzwerkstatt, der sich zurzeit noch in der Abstimmung befinde. Dort werde zu den einzelnen Maßnahmen auch der Umsetzungsstand dokumentiert.

Herr Zeidler stellt fest, dass sich die urbanen und die ländlichen Räume zunehmend

auseinanderentwickelten. Klimaschutzmaßnahmen könnten diese Entwicklung noch verstärken, wenn überwiegend der ländliche Raum die Lasten zu tragen habe. Als Beispiele nennt er den Flächenverbrauch durch Windenergie- und Photovoltaikanlagen sowie ein mögliches Verbot von Ölheizungen, auf die man im ländlichen Raum häufig angewiesen sei. Er befürchtet von daher Akzeptanzprobleme und damit Hindernisse in der Umsetzung.

Der Klimaschutz sei ein Thema der ganzen Region, sagt Herr Meier, bei dem die Bevölkerung aller Teilräume mitgenommen werden müsse. Die von Herrn Zeidler angesprochene Problematik müsse in den folgenden Diskussionen berücksichtigt werden.

Auch Herr Enversen sieht die Lasten, die der ländliche Raum zu tragen hat, insbesondere spricht er den Flächenverbrauch durch Photovoltaikanlagen an. Grundsätzlich sei es so, dass für eine effiziente Maßnahmen-Umsetzung die Akzeptanz vor Ort von großer Bedeutung sei. Der Regionalverband könne nichts von oben verordnen und müsse darauf hinarbeiten, mehr als Dienstleister denn als „Oberbehörde“ gesehen zu werden. Herr Enversen sieht der weiteren Diskussion positiv entgegen und fordert dazu auf, den Themenbereich Klimaschutz personell angemessen aufzustellen und dies dann auch nach außen zu vertreten, sollte sich am Ende der Diskussion ein entsprechender Bedarf zeigen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedankt sich Herr Meier bei Herrn Frauenholz für die intensive und qualifizierte Begleitung des Projekts und schließt den Tagesordnungspunkt.

4 Aktuelle Themen der Regionalentwicklung: Leitungstrassen

(mündl. Bericht der Verwaltung)

- Aktuelle Projekte

- Prozess und Rolle des Regionalverbandes

Protokollnotiz:

Herr Meier erinnert daran, dass es in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung eine Anfrage zur Leitungstrasse Wahle - Mecklar gegeben habe. Daran anknüpfend habe man sich verständigt die Thematik noch einmal umfassender zu beleuchten.

Herr Menzel erläutert den aktuellen Sachstand verschiedener Leitungsvorhaben im Großraum Braunschweig (Folien 32 - 45). Nach einem Überblick über die diversen Planungen in der Region geht er speziell auf die 380-kV-Anschlussleitung für das Industriegebiet Salzgitter ein, die - anders als die anderen geplanten Höchstspannungstrassen - nicht Teil der Bundesfachplanung sei. Somit werde der Regionalverband bei der Planung nicht nur als Träger öffentlicher Belange beteiligt, sondern führe hier selbst die raumordnerische Prüfung durch. Herr Menzel geht nach einer genauen Vorstellung des Projekts, das der Versorgung des Volkswagen-Werkes und der Salzgitter AG mit Strom aus erneuerbaren Energien dienen soll, insbesondere auf die Rolle des Regionalverbands im Planungsprozess ein. Ein Raumordnungsverfahren sei hier nicht als notwendig erachtet worden, da eine fundierte fachliche Prüfung auch ohne dieses langwierige Verfahren möglich gewesen sei (Folie 43). Hinsichtlich der letztendlich durch den Regionalverband abgegebenen Stellungnahme stellt Herr Menzel die festgelegten Maßgaben und dort insbesondere die Berücksichtigung der durch den Leitungsausbau besonders betroffenen Landwirtschaft heraus.

Herr Meier bezeichnet den Netzausbau als ein sehr sensibles Thema, das den Regionalverband wiederkehrend beschäftigt. Er sei daher dankbar für die Erläuterungen und die rechtliche Einordnung durch

Herrn Menzel.

Herr Raabe hat der Präsentation entnommen, dass die Verträglichkeit der Trasse 3 in Bezug auf das Natura 2000-Gebiet „Lengeder Teiche“ noch geprüft werden müsse. Er möchte wissen, wann dies geschehen werde.

Die Prüfung werde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens stattfinden, antwortet Herr Menzel.

Vor dem Hintergrund der Konzentration mehrerer Leitungstrassen in der Gemeinde Vechelde fragt Herr Jakubowski, wie die Gemeinde zu dem Vorhaben stehe und in welcher Form die dort betroffenen Landwirte eingebunden worden seien.

Herr Menzel antwortet, dass sich die Gemeinde Vechelde in ihrer Stellungnahme deutlich ablehnend gegenüber der Planung geäußert habe. Es sei zu erwarten, dass sie diese Position im Planfeststellungsverfahren beibehalte. Hinsichtlich der Betroffenheit der Landwirtschaft sei es so, dass der Regionalverband als Raumordnungsbehörde keine Kompetenzen habe, hier über einen finanziellen Ausgleich zu verhandeln. Gleichwohl habe man einen Informationstermin durchgeführt, um zu vermitteln, wie mit den landwirtschaftlichen Belangen umgegangen worden sei.

Frau Köllner sagt, aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheiten der Bevölkerung gebe es auch in den Kreisverbänden ihrer Partei verschiedene Standpunkte zu der 380-kV-Anschlussleitung. Vor dem Hintergrund der neuen Informationen, für die sie sich bedanke, möchte sie den Antrag zu diesem Thema für heute von der Tagesordnung nehmen lassen. Frau Köllner werde sich in der Fraktion beraten, ob der Antrag vor der Sitzung des Verbandsausschusses möglicherweise zurückgezogen oder geändert werden solle.

Herr Abrahms kommt zurück auf die Aussage in der Präsentation von Herrn Menzel, dass eine Erdverkabelung im Bereich der Alternativtrasse 5 rechtlich nicht zulässig sei. Er sei der Meinung, dies müsse möglich sein, wenn der Vorhabenträger sich selbst zur Erdverkabelung entscheide und diese auch finanziere.

Das Problem sei, sagt Herr Menzel, dass die Firma TenneT als Betreiber der Leitung die zusätzlichen Kosten für eine Erdverkabelung nicht umlegen dürfe. Von daher sei höchstens die Finanzierung durch einen Dritten denkbar. Diese theoretische Möglichkeit sei aber nicht Bestandteil der raumordnerischen Prüfung.

Herr Schramm möchte wissen, ob bei der Leitung der Einsatz von Hochtemperaturleitern geplant sei.

Die technische Ausführung sei eine Entscheidung des Vorhabenträgers und nicht Bestandteil der raumordnerischen Prüfung, antwortet Herr Menzel.

Herr Meier betont, dass der Regionalverband lediglich die ihm vorgelegten Vorhaben auf ihre Raumverträglichkeit zu prüfen habe. Auf die übergeordneten Planungen auf Bundesebene habe man keinen Einfluss, werde diese aber zukünftig intensiv beobachten.

5 Anträge

Protokollnotiz:

Herr Enversen stellt fest, dass die vier Anträge der Fraktion Die Linke relativ kurzfristig eingegangen seien und eine Stellungnahme der Verwaltung daher noch nicht vorliege. Auch eine Fraktionsberatung habe noch nicht stattgefunden, so dass er sich nicht in der Lage sehe, einem der Anträge zuzustimmen. Herr Enversen appelliert an die Antragstellerin, heute auf eine Abstimmung zu verzichten und die Anträge als behandelt anzusehen. Nach erfolgter Diskussion in den Fraktionen könnten die Anträge dann im Verbandsausschuss beraten werden.

Herr Schrader schließt sich den Ausführungen von Herrn Enversen an. Auch die Fraktion der CDU habe noch

keine Möglichkeit zur Beratung der Anträge gehabt und müsste sie im Falle einer Abstimmung heute ablehnen.

Herr Meier weist darauf hin, dass die Anträge unter TOP 5.1 und TOP 5.2 auch schon im Ausschuss für Regionalverkehr diskutiert worden seien. Dort sei eine ablehnende Beschlussempfehlung getroffen worden.

Frau Köllner erklärt, ihre Fraktion habe nach der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Regionalverkehr erkannt, dass die Ausführungen zu den Anträgen bis zur Sitzung des Verbandsausschusses konkretisiert und tiefer begründet werden müssten. Für die heutige Sitzung könnten die Anträge somit als behandelt angesehen werden. Zum Antrag unter TOP 5.4 ergänzt Frau Köllner, dass die Überprüfung des jahrzehntealten Planfeststellungsbeschlusses zum Endlager Schacht Konrad doch im Interesse aller Anwesenden sein müsse. Sie bittet daher darum, bis zur Sitzung des Verbandsausschusses darüber nachzudenken, ob man nach den Erfahrungen mit der Asse die Genehmigung des Endlagers Schacht Konrad heute noch so akzeptieren könne.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe schon Gelegenheit gehabt, sich mit den Anträgen auseinanderzusetzen, sagt Herr Abrahms. Der mehrheitlich gewünschten Vorgehensweise könne man sich aber anschließen.

Herr Meier fasst zusammen, dass mehrere Fraktionen noch Beratungsbedarf zu allen vier Anträgen der Fraktion Die Linke unter den Tagesordnungspunkten 5.1 bis 5.4 angemeldet hätten. Daher solle nicht über eine Beschlussempfehlung abgestimmt werden und die Anträge sollten im Verbandsausschuss beraten werden.

**5.1 Antrag 03/2021 der Fraktion Die Linke: Mitbestimmung durch Arbeitnehmer
in Arbeitskreisen des Regionalverbandes** **2021/081**

**5.2 Antrag 04/2021 der Fraktion Die Linke:
Mitbestimmung durch Umweltverbände in Arbeitskreisen des
Regionalverbandes** **2021/082**

**5.3 Antrag 05/2021 der Fraktion Die Linke:
Prüfung der Anschlussleitung SZFG und VW, Variante 5 (Lesse-SZ-
Hallendorf)** **2021/083**

5.4 Antrag 06/2021 der Fraktion Die Linke: 2021/084
Konrad-Planfeststellungsbeschluss nochmals prüfen

6 Anfragen

6.1 Anfrage der FDP vom 11.05.2021 2021/069
Wärme nutzen, wo sie entsteht - Abwärmekartierung für die Region

6.1. Antwort der Verwaltung zur Anfrage der FDP vom 11.05.2021: 2021/069-E1
1 Wärme nutzen, wo sie entsteht - Abwärmekartierung für die Region

Protokollnotiz:

Herr Schramm nimmt die schriftliche Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis. Er hätte sich aber eine intensivere Auseinandersetzung mit der Fragestellung gewünscht.

Frau Angerer erwidert, dass die Verwaltung sich gern intensiv mit gestellten Anfragen befasse und auch umfassende Informationen zur Verfügung stelle. Bei Anfragen, die außerhalb des Aufgabenbereichs des Regionalverbands lägen, sei darauf zu achten, dass sich der Aufwand für die Informationsbeschaffung in einem angemessenen Rahmen halte.

6.2 Anfrage 09/2021 der Fraktion Die Linke: 2021/085
Regionale Versorgungszentren

1 Regionale Versorgungszentren

Protokollnotiz:

Frau Köllner sieht die Anfrage als beantwortet an.

Schließung der öffentlichen Sitzung

Protokollnotiz:

Herr Meier resümiert, dass das Themenfeld Energie und Klimaschutz in der heutigen Sitzung eine große Rolle gespielt habe. Dies müsse auch bei der zukünftigen Arbeit des Regionalverbands der Fall sein, wenn man die ehrgeizigen Klimaziele erreichen wolle. In diesem Zusammenhang weist er auch darauf hin, dass Frau Angerer die Ansprechpartnerin für Fragen zum Thema Windenergie sei.

Herr Meier bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für deren Diskussionsbeiträge sowie bei der Verwaltung und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Eintracht Stadions für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung. Er kündigt an, dass der Ausschuss für Regionalentwicklung zukünftig auch an anderen Orten außerhalb von Braunschweig tagen solle. Er schließt die Sitzung um 17:55 Uhr.

Vorsitz:



Volker Meier

Verbandsdirektor:



Ralf Bygusch

Protokollführung:



Joachim Bortfeld